A-09-420 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 419 bis 423:
Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Dialog einsetzen. Sie spielen eine Schlüsselrolle für einen nachhaltigen Frieden und wir werden auf deutscher und europäischer Ebene für eine gute finanzielle und politische Unterstützung einsetzen.

Die israelische liberal-demokratische Zivilgesellschaft ist eine zentrale Garantin für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie für Verständigung und Friedensperspektiven. Schon vor dem 7. Oktober 2023 stellte sie sich entschlossen gegen den Abbau demokratischer Institutionen durch Teile der Regierung. Seitdem setzen sich immer mehr Israelis für die Freilassung der Geiseln, für ein Ende des Krieges in Gaza und für eine politische Lösung ein – und leisten damit einen wichtigen Beitrag, innen- wie außenpolitischen Druck für eine friedliche Perspektive aufzubauen.

Trotz eskalierender Rhetorik von Regierung und Hamas verteidigen zahlreiche Organisationen und Aktivist*innen ununterbrochen unabhängige Gerichte, eine freie Presse und pluralistische zivilgesellschaftliche Räume. Sie dokumentieren die Realität in Gaza und den besetzten Gebieten und machen Menschenrechtsverletzungen sichtbar. Ohne ihre Arbeit bliebe diese Realität weitgehend verborgen.

Akteur*innen der israelischen Zivilgesellschaft sind damit eine der wirksamsten Stimmen gegen Annexion, Siedlergewalt und die Aushöhlung demokratischer Strukturen. Sie stehen in Solidarität mit demokratischen Bewegungen weltweit. Wir wollen diese Zivilgesellschaft weiter ~~fördern,~~stärken – in Israel wie in Palästina. Vor diesem Hintergrund fordern wir insbesondere die systematische Einbindung liberal-demokratischer NGOs in politische Entscheidungsprozesse sowie in Austausch- und Vernetzungsprogramme der Bundesrepublik und der EU.

Wir wenden uns gegen jede Beschränkung der Arbeit zivilgesellschaftlicher und menschenrechtlicher Organisationen und gegen jede Form der Diffamierung und Kriminalisierung ihres Engagements. Wir lehnen den in der Knesset vorgelegten Gesetzentwurf ab, der eine Besteuerung von 80 % auf ausländische öffentliche Mittel für NGOs vorsieht, während regierungsnahe Organisationen davon ausgenommen werden. Ein solches Gesetz würde de facto dazu führen, dass zahlreiche israelische Menschenrechtsorganisationen und humanitäre NGOs, die wichtige Arbeit leisten – auch in den besetzten palästinensischen Gebieten –, ihre Tätigkeit einstellen müssten. Ebenso verurteilen wir die Praxis, Mitarbeiter*innen internationaler NGOs die Einreise durch Visaverweigerungen zu erschweren oder zu verhindern. Wir fordern die Bundesregierung und die EU auf, deutsche und europäische diplomatische Instrumente gezielt einzusetzen, um solchen Maßnahmen entgegenzutreten, die demokratische Strukturen gefährden. Wir stellen uns ~~deswegen~~ gegen Bestrebungen, Israel oder Palästinenserinnen und Palästinenser von Sport- oder Kulturveranstaltungen auszuschließen, denn diese Schritte ziehen

Begründung

Als Partei, die sich als Partnerin der demokratischen Zivilgesellschaft weltweit sieht, sollten sie die Einschränkungen klar benennen und konkrete Handlungsaufforderungen formulieren. Dies tut der Antrag.

weitere Antragsteller*innen

Luise Amtsberg (KV Kiel); Alexandra Geese (KV Bonn); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Jan Philipp Albrecht (KV Kiel); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Peter Heilrath (KV München); Jamila Schäfer (KV München); Max Lucks (KV Bochum); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marcel Rohrlack (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Marlene Schönberger (KV Landshut-Land); Sina Müller (KV Berlin-Lichtenberg); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Kassem Taher Saleh (KV Dresden); Florian Döllner (KV München); Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 39 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.